

82. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	15./16. Dezember 2017
Antrag-Nr. J 16 Anliegen der Heimatvertriebenen und Aussiedler berücksichtigen	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Bernd Posselt, Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen und Aussiedler (UdV)	

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die nächste Bundesregierung dazu auf, die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen und Aussiedler sowohl in der Außen- und Europapolitik als auch in der Kultur- und Vertriebenenpolitik sowie auf dem sozialen Sektor angemessen zu berücksichtigen. Dazu gehören insbesondere ein zielgerichteter Dialog mit unseren östlichen Nachbarn über die Themen Vertreibung und Diskriminierung, eine nachhaltige Unterstützung materieller und politischer Art für den Bund der Vertriebenen, die Landsmannschaften sowie die in der Heimat verbliebenen deutschen Volksgruppen, eine konsequente Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Nachteile, die Spätaussiedler aufgrund ihres besonders harten Schicksals nach wie vor erleiden, eine umfassende Vermittlung der mit Flucht und Vertreibung zusammenhängenden Themen an künftige Generationen, die sachgerechte Verwirklichung von Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes auch in den nächsten Legislaturperioden des Bundes und der Länder sowie die Aufrechterhaltung der Funktion eines Beauftragten für Minderheiten, Aussiedler und Vertriebene in der Bundesregierung.

Begründung:

Der Aussöhnungs- und Dialogprozess zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten, den vor allem auch die Landsmannschaften und der BdV als Dachverband vorangetrieben haben und weiter vorantreiben, ist nicht der Abschluss, sondern der Beginn einer lange blockierten und mit Schwierigkeiten belasteten Entwicklung. Heute besteht die Hoffnung und die Möglichkeit - etwa im bayerisch-tschechisch-sudetendeutschen Dialog, der seit einiger Zeit positive Maßstäbe setzt -, dafür zu sorgen, dass ohne Scheuklappen miteinander auch über Themen diskutiert wird, die lange verdrängt worden waren. Vor diesem Hintergrund ist die nächste Bundesregierung besonders gefordert.

Das Amt eines Beauftragten, das bislang von Hartmut Koschyk hervorragend ausgeübt wurde, sollte eine Fortentwicklung erfahren und wieder mit einem CSU-Politiker besetzt werden.

Stellungnahme der Antragskommission:

Votum: Zustimmung